

gibt es interessante wechselseitige Stabilisierungen. Auf diese Weise ist die Schuldfrage vielfältig instrumentalisiert worden. Statt der Selbstprüfung zu dienen, wurde sie meist entweder als Instrument der Selbstlegitimierung gehandhabt oder aber als Waffe der Delegitimierung abweichender politischer Positionen mißbraucht. Mit anderen Worten – und dabei bin ich beim Heute -: Der Ost-West-Konflikt ist der Aufarbeitung unserer deutschen Schuldgeschichte schlecht bekommen und hat zu Schädigungen der politischen Orientierungsfähigkeit geführt, die zu durchschauen wir noch viel Zeit und Geduld benötigen werden – in beiden Teilen des vereinigten Deutschlands. Ich danke Ihnen und bitte um Nachsicht für diesen Schlußsatz. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ich bitte, jetzt die Fragen zu stellen und darum, deutlich zu machen, an welchen der beiden Referenten diese Frage gestellt werden soll. Ich werde danach beide bitten, darauf zu antworten. Es beginnt der Kollege Meckel.

Abg. Meckel (SPD): Meine erste Frage richtet sich an Herrn Hamel. Sie sind u. a. bekannt als ein Gegner der Bemühungen zur Gründung des Bundes der Evangelischen Kirchen. Ich würde darum bitten, daß Sie noch einmal kurz Ihre damaligen Argumente darstellen, mit denen Sie gegen die Gründung des Bundes votiert hatten, und diese kurz angesichts der zwanzigjährigen Geschichte des Bundes reflektieren. Ich weiß nicht, ob das kurz geht, aber ich wäre für einige Bemerkungen in dieser Richtung dankbar. Ich würde eigentlich die umgekehrte Frage an Werner Krusche stellen wollen, vielleicht kann er heute abend in der Diskussion dazu etwas sagen.

Die zweite Frage richtet sich an Herrn Prof. Beintker. Sie haben sehr interessant über die inneren Reflexionen der Schuldfrage in bezug auf die Zeit des Nationalsozialismus in Ost und West referiert. Welche Konsequenzen könnte dies haben oder welche Folgerungen könnte man ziehen für eine in den östlichen Kirchen stattfindende Diskussion, ob ein Schuldbekenntnis über die 40 Jahre Kirche in der DDR nötig ist?

Vorsitzender Eppelmann: Frau Dr. Wilms bitte.

Abg. Frau Dr. Wilms (CDU/CSU): Ich glaube, meine Frage geht mehr an Herrn Beintker, vielleicht auch an beide Herren. Sie haben, auch in dem Referat von Herrn Jüngel, viel von der Barmer Erklärung, dem Stuttgarter Schuldbekenntnis und dem Darmstädter Wort gesprochen. Was mich bewegt, ist, warum nach den Erfahrungen mit der NS-Zeit, mit der NS-Diktatur, nicht doch deutlichere Worte gegen die zweite Diktatur in Deutschland gefunden worden sind, als man sie gefunden hat. Das ist für mich eine Frage, auf die ich bisher keine Antwort weiß. Damit wir uns jetzt recht verstehen: Da ich aus dem Westen bin, möchte ich betonen: Ich sitze nicht auf dem hohen Roß und möchte hier nicht als Pharisäer gelten, denn ich weiß nicht, wie wir uns alle verhalten hätten, wenn uns in der Altbundesrepublik eine neue Diktatur beschert worden wäre. Ich sage das gleich hinzu, damit die

menschliche Dimension hier richtig verstanden wird. Aber unter historisch-wissenschaftlichen Aspekten würde mich diese Frage doch noch einmal interessieren, und ich würde gern ein paar Antworten darauf hören.

Zweiter Punkt: In den politischen Äußerungen – Herr Beintker, Sie haben darauf hingewiesen –, die von beiden Kirchen in Ost und West ja gerade in den siebziger Jahren veröffentlicht worden sind, war immer die Rede von „Gerechtigkeit“, „Friede“, „Bewahrung der Schöpfung“. Der Begriff „Freiheit“ fehlt hier völlig. Auch das ist eine Frage, auf die ich bisher keine Antwort gefunden habe. Der Begriff des Friedens wurde immer nur interpretiert im Blick auf die militärische Rüstung, was eine Verkürzung des Friedensbegriffs bedeutet. Daß die Äußerungen zum Frieden nicht immer sehr friedvoll waren, haben wir in der Altbundesrepublik, jedenfalls ich, leidvoll erlebt. Es war sehr militant, das hatte mit Frieden oft nicht mehr viel zu tun.

Dritte Frage vielleicht an beide Herren, vielleicht auch noch an Herrn Jünger: Man redet – und das tut man bis heute – eigentlich von „Sozialismus“ und „Kapitalismus“, und ich habe manchmal Zweifel, ob die beiden Begriffe genügend philosophisch, staatsrechtlich, auch wirtschaftlich hinterfragt werden. Denn wenn von „Kapitalismus“ auch in der DDR die Rede war, meinte man natürlich den Privatkapitalismus. Daß die DDR ein zutiefst staatskapitalistisches Land war, davon wurde natürlich nicht gesprochen, das ist insoweit auch eine Verengung. Meine Frage wäre, auch an die Herren aus der damaligen DDR: Inwieweit sind eigentlich Überlegungen des damals sehr bekannten Professors Alfred Müller-Armack, der, von der evangelischen Sozialethik kommend, Professor in Münster, eben den Weg der sozialen Marktwirtschaft theoretisch, auch sozialetisch begründet hat, in die zumindest theoretische Reflexion geflossen, daß es wohl zwischen Kapitalismus und Sozialismus noch andere Möglichkeiten menschlicher und gesellschaftlicher Ordnung gibt? Sie wissen, daß Müller-Armack auch zum Berater von Erhard gehörte, und ich muß Ihnen sagen – er war mein Lehrer –, wenn man heute die Bücher von Müller-Armack lesen würde, wären die Ideen von hoher Aktualität und Modernität. Aber ich frage mich, warum diese Reflexionen und auch Theorien von Müller-Armack, die von einem hohen ethischen Niveau herkamen, dann so wenig als dritter Weg reflektiert worden sind.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Kollege Büttner bitte.

Abg. Büttner (CDU/CSU): Ich habe drei Fragen, zunächst an Herrn Beintker und Herrn Hamel: Die Gründung des Bundes der Evangelischen Kirche in der DDR: Wie strittig war denn die Diskussion intern um die Gründung des Bundes? War die Gründung nicht eigentlich auch eine Absage an die Einheit Deutschlands? Mußte sie nicht so verstanden werden, oder zumindest als weitergehende Lockerung der gesamtdeutschen EKD – wie intensiv war die Diskussion innerhalb der Kirche in der DDR?

Die zweite Frage: Wir haben vorhin den besonders starken Rückgang des

Anteils der evangelischen Christen an der Bevölkerung in der DDR angesprochen. Gibt es genauere Zahlen, wann die Austrittswelle besonders stark war? Kann es mit irgendwelchen besonderen Ereignissen zusammenhängen – politischen Ereignissen, z. B. dem 17. Juni, dem 13. August, oder aber kirchlichen Ereignissen, z. B. der Gründung des Bundes der Evangelischen Kirche oder dem Wehrkundeerlaß von 1978? Kann man da Parallelitäten ableiten, und stimmt der Eindruck, daß die Diasporakirche, die katholische Kirche, von der Erosion nicht so betroffen war wie die evangelische Kirche in den letzten Jahren? Dann würde mich doch Ihre Einschätzung interessieren, was denn Ihrer Meinung nach Hauptgrund der inneren Auszehrung der Kirche war. War das der Dauerangriff des sozialistischen Staates auf den ganzen Menschen, oder was war das eigentlich?

An Herrn Jüngel hätte ich noch eine Nachfrage, wenn es erlaubt ist. Sie haben den brandenburgischen Ministerpräsidenten in anderer Eigenschaft in die Diskussion gebracht. War dieser Beitrag von Herrn Stolpe in Ihrem Tübinger Haus, von dem Sie sprachen, nicht im Interesse der SED-Politik besonders wirkungsvoll? Denn das Wiedervereinigungsgebot aus dem Grundgesetz zu streichen, war ja in der Tat ein Vorhaben, das über Jahre und Jahrzehnte verfolgt wurde. Und war nicht gerade die Abweichung in der Begründung Stolpes deshalb so wirkungsvoll für die innerpolitische Diskussion innerhalb der EKD, weil sie nicht dieselben Termini gebrauchte, wie man sie von der SED kannte, sondern andere, die man vielleicht besser nachvollziehen konnte?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Prof. Weber bitte.

Sv. Prof. Dr. Hermann Weber: Ich habe eine Frage an Herrn Kollegen Beintker. Sie haben in ihrer Option 3 mit Recht darauf hingewiesen, daß damals alle beeindruckt waren von den Fragen Sicherheit, Partnerschaft, Abrüstung. Ich habe das Gefühl, daß wir heute manchmal vergessen, daß dies eine Periode war, in der die Menschheit auch existentiell wirklich bedroht gewesen ist. Meine Frage ist folgende: Ist in diesem Zusammenhang von der evangelischen Kirche aufgenommen worden, hat es vielleicht sogar eine Rolle gespielt, daß zumindest Ansätze dieser Erkenntnis auch in der SED zu finden waren, Hinweise etwa, daß die Ideologie auf Rang zwei gerückt sei? Das ist damals etwas untergegangen. Hat es eine Rolle gespielt, oder war das etwas, was man gar nicht bemerkt hat?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Dr. Mitter bitte.

Sv. Dr. Armin Mitter: Meine Frage richtet sich an Herrn Hamel. Sie haben davon gesprochen, daß im Zuge der Fluchtwelle 1960 eine Kanzelabkündigung erfolgte. Das gleiche geschah auch im Frühjahr 1953, wo sich die evangelische Kirche explizit zu dieser Fluchtwelle geäußert hat, daß die Menschen doch bleiben sollten. Das stand vor allen Dingen in engem Zusammenhang mit den verschärften Kollektivierungsbestrebungen in der Landwirtschaft,

vor allen Dingen die Landbevölkerung ist ja im Frühjahr 1953 geflüchtet. Den gleichen Prozeß finden wir wieder Anfang der sechziger Jahre, als auch eine gesellschaftliche Umwälzung von seiten der SED durchgeführt wurde. Inwiefern – das ist meine Frage – hat die evangelische Kirche gerade in solchen Phasen, wo man versucht hat, den Sozialismus auch in praxi durchzusetzen, beispielsweise die Kollektivierung der Landwirtschaft, dazu Stellung genommen? Sie hat sehr explizit Anfang 1953 Stellung genommen. Inwiefern hat sie das noch Anfang der sechziger Jahre getan, und inwiefern hat diese gesellschaftliche Umwälzung – der Sozialismus muß ja erst einmal errichtet werden, Eigentumsverhältnisse müssen umgewandelt werden – innerkirchlich eine Rolle gespielt, welche Auswirkungen hatte das für den seelsorglichen Bereich?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Kollege Hilsberg bitte.

Abg. Hilsberg (SPD): Herr Hamel, ich möchte meinen großen Respekt ausdrücken vor Ihrem sehr glaubwürdigen und ehrlichen Versuch, eine Art persönliche Schuldaufarbeitung vorzunehmen. Das hängt zusammen mit den eigenen Auseinandersetzungen, in die man begriffen war, wenn man versuchte, in der DDR – ganz gleich an welcher Stelle – sich irgendwie glaubwürdig, auch vor sich selber, diesen Fragen gegenüber, mit denen man permanent konfrontiert wurde, zu verhalten. Marxistisch-leninistische Ideologie besteht de facto nur aus Phrasen, und der Charakter der Phrase ist eigentlich eine Lüge, es ist sozusagen kein Wahrheitsgehalt dahinter, sondern lediglich eine Art Wortgeklingel. Und jetzt eine solche Phrase nachzusprechen, bedeutete eine Unterwerfung unter diese Lüge, nämlich das Nichtaussprechen dessen, was diese Phrase wirklich war, daß sie nämlich überhaupt nichts ausdrückte und insofern keine Wahrheit ausdrückte, sondern eine Lüge darstellte. Das Fatale war, daß vieles und insbesondere auch die Kirche den Eindruck erweckte, als ob sie an manchen Stellen in diese Falle mit hineinging. Ich erinnere an den Begriff „Kirche im Sozialismus“. „Kirche im Sozialismus“ hatte mehrere Interpretationsmuster; und das staatliche Interpretationsmuster, das Interpretationsmuster der SED, die natürlich darunter eine Kirche verstand, die sich im Raum des von ihnen so definierten Sozialismus zu bewegen hatte, war ein ganz anderes als das Verständnis vieler Kirchenmitglieder, die sozusagen eine territoriale Bestimmung daraus machten. Hier den Angriff nicht zu führen und zu sagen: Wir verstehen es lediglich territorial und in keiner anderen Hinsicht, hatte den Charakter einer Unterwerfung. Dies ist einer der Urgründe der psychischen Deformierung, die viele unserer Landsleute hatten. Da hat man mitgemacht, da beginnt auch persönliche Schuld. Sie beginnt zum Beispiel, wenn man die Resolution unterschrieben hat, die man eigentlich so nicht nachvollziehen konnte, wenn man schwieg, wenn solche Sachen in der Klasse, in der Schule passierten oder wenn im Betrieb Entlassungen vorgenommen wurden usw. Überall da spielt persönliche Schuld eine ganz

große Rolle. Ich habe den Eindruck, es herrscht nach wie vor an diesem Punkt ein großes Schweigen. Man kommt mit der Natur dieser Verstrickung nicht richtig zurecht, man traut sich wohl auch nicht, das richtig einzusehen, und so wie in der DDR die Menschen allein gelassen wurden und sich selber allein gelassen haben, so geschieht es jetzt weiter. Es wird ein großer Mantel über diese Geschichte gedeckt. Es ist nach wie vor notwendig, die Prozesse, die damals stattgefunden haben, auszusprechen, sonst kommt man, glaube ich, nicht zu einer gewissen Freiheit, und das ist auch einer der Zwecke unserer Vergangenheitsaufarbeitung hier. Das hat mit Schuld-Zusprechen überhaupt nichts zu tun, sondern Schuld erkennt man nur ganz persönlich und ganz allein auf sich selbst gemünzt. Wenn ich jemandem sage: „Du bist schuldig“, verhindere ich eher diesen Prozeß. Was wir hier machen können, das ist, über Verantwortung zu sprechen, das ist ein anderer Zustand.

Herr Beintker, an Sie habe ich noch eine Frage: Können Sie etwas zu den Reaktionen in der Kirche auf den Einmarsch 1968 in die Tschechoslowakei sagen, an der ja auch die NVA beteiligt war? Gibt es da so etwas wie ein Schuldbekennnis, und welches waren die Reaktionen der westdeutschen Kirche?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Kollege Dehnel bitte.

Abg. Dehnel (CDU/CSU): Ich habe eine Frage an Herrn Pfarrer Hamel: Glauben Sie, daß Gustav Heinemann das, was Sie zitiert haben – „Christus ist nicht gegen den Marxismus, sondern für uns alle gestorben.“ – heute noch genauso aussprechen würde? Würde er nicht noch sagen, daß er auch nicht gegen Ludwig Erhard gestorben ist? Denn angesichts der riesigen Altlasten, die wir zu bewältigen haben, angesichts des vielfachen Mordes, der millionenfachen Bespitzelung und Unterdrückung in der ehemaligen DDR, müßte doch in der Richtung das Zitat heute sicher auch anders ausgesprochen werden?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Kollege Müller bitte.

Abg. Dr. Müller (CDU/CSU): Ich habe eine Frage an Herrn Prof. Beintker. Die Frage nach der Stellungnahme der evangelischen Kirche zum Einmarsch in die Tschechoslowakei ist schon gestellt. Mich beschäftigt die dritte Option, die Sie erwähnt haben, die Stellung der evangelischen Kirche in ihrem Kampf für den Frieden im Zusammenhang mit der Nachrüstung. Ist es hier vielleicht so gewesen, daß die evangelische Kirche eine gute Gelegenheit fand, sich einmal mit dem identifizieren zu können, was der Staat DDR auch offiziell vertreten hat? Und von der anderen Seite: War es nicht so, daß es innerhalb der evangelischen Kirche Kräfte gegeben hat, die hier bewußt vom sozialistischen Staat instrumentalisiert wurden, ja sozusagen missionarisch in der Bundesrepublik (alt) tätig waren? Es ist ja bekannt, daß in diesem Kampf gegen die Nachrüstung gerade protestantische Organisationen im Westen, evangelische Studentengemeinden usw. eine große Rolle gespielt haben. Die

wurden zum Teil direkt aus der ehemaligen DDR finanziert. Es war so eine Art Recycling der Gelder, das da stattfand. Dafür gibt es Beweise und genügend Unterlagen. Das Erstaunliche ist dabei, daß dieser Kampf im wesentlichen nur gegen eine Richtung geführt wurde, von Ausnahmen abgesehen, die wir alle kennen. „Schwerter zu Pflugscharen“ usw. richtete sich nämlich gegen die Aufrüstung im Westen, nicht gegen den Aufrüstungsprozeß, der ja vorweg schon stattgefunden hat. Ich werde deswegen in diesem Zusammenhang etwas stutzig, weil das bis heute anhält. Es hat Demonstrationen gegen die Amerikaner im Zusammenhang mit dem Golfkrieg gegeben, gerade auch auf dieser Seite. Es gibt kaum eine Bewegung zu der Situation im ehemaligen Jugoslawien, die ja wirklich brennend wäre unter christlichen und theologischen Gesichtspunkten. Ich habe das Gefühl, daß man sich damals einfach zu sehr hat instrumentalisieren lassen für die Politik eines Staates, der hier zum Teil naive, zum Teil meiner Meinung nach auch bewußte Täter gefunden hat.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Kollegin Wisniewski bitte.

Abg. Frau Prof. Dr. Wisniewski (CDU/CSU): Eine Frage an Herrn Hamel: Wenn Sie den Satz zitieren, daß Jesus nicht gegen Karl Marx gestorben ist, sondern für uns alle, dann suggeriert das natürlich, daß es aus theologischen Gründen falsch sein könnte, gegen die Lehre von Karl Marx zu kämpfen. Ist das so zu verstehen, oder ist es nicht richtig, abgehoben von der Tatsache, daß aus theologischen Gründen jeder Mensch – man spricht heute häufig von Opfern und Tätern – in gleicher Weise anzuerkennen und daß, sagen wir, das Gericht Gottes nicht für uns erkennbar ist? Ist es nicht so, daß wir zur politischen Auseinandersetzung mit Systemen, die zur Unterdrückung von Menschen und zum Tod vieler Menschen geführt haben, gezwungen sind?

Eine Frage an Herrn Beintker: Sie haben gesagt, daß die EKD sich keine deutschlandpolitischen Konzepte ausgedacht hat, das sei eine genuine Aufgabe der Politik. Wenn Sie dann auf der anderen Seite diese vierte deutschlandpolitische Option zitieren, ist das natürlich eine höchst fragwürdige deutschlandpolitische Aussage, die Sie machen, oder die die EKD gemacht hat. Nicht die EKD, gut, das werden Sie dann gleich erklären, nehme ich an. Die Frage nach der geschichtlichen Schuld des deutschen Volkes – offensichtlich wird die sehr verknüpft mit diesem Darmstädter Wort und mit der ganzen Geschichtsphilosophie, die Sie vorgeführt haben, die bis ins 19. Jahrhundert zurückreicht: Versagen des deutschen Konservatismus, antiliberal, antisozialistisch, Absage an das christliche Abendland – wie ist denn das alles nun aufgenommen worden? Sie sagten nur, es sei teilweise sehr kritisch aufgenommen worden. Ich habe den Eindruck, diese Vorstellungen leben in der Gegenwart auch in Westdeutschland sehr vehement fort und werden in Kreisen von Intellektuellen durchaus als wahr vertreten. Wie ist da die Haltung der Kirche, welche Differenzierung nimmt sie vor? Die letzte Frage dazu: Wie

ist eigentlich die Frage der geschichtlichen Schuld Deutschlands verknüpft worden mit der Wiedergutmachung, und wie verhält sich die Schuld im Nationalsozialismus zu dem SED-Unrecht, ist das denn völlig ausgeklammert worden?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Danke schön. Im Augenblick habe ich noch sechs Fragende auf meiner Namensliste stehen. Ich hoffe, daß Sie damit einverstanden sind, daß ich dann die Liste schließe. Ich sehe keinen Protest, dann ist der nächste Herr Dr. Faulenbach.

Sv. Dr. Bernd Faulenbach: Meine erste Frage geht an Herrn Hamel. Ich hätte etwas mehr gewußt über Ihre damalige Beurteilung und die der evangelischen Kirche in der SBZ/DDR der Politik Konrad Adenauers. Sie haben umgekehrt in die Diskussion Stellungnahmen von Gustav Heinemann eingeführt; das hier schon mehrfach zitierte Wort ist aus der Deutschlanddebatte im Januar 1958. Inwieweit haben die Kirchen oder Teile der Kirchen der DDR damals in einer kritischen Distanz zur Adenauerschen Westpolitik gestanden, und inwieweit haben sie ihrerseits die Politik Gustav Heinemanns bejaht? Andersherum noch einmal gefragt: Ist nicht in mancher Hinsicht auch die Politik der Kirchen in der DDR durch die Politik im Westen, auch durch die EKD-Politik, erschwert worden? Hat diese Politik nicht auch die Situation der Kirchen in der DDR erschwert? Über den Militärseelsorgevertrag ist hier schon gesprochen worden. Oder so ein Mann wie Gustav Heinemann, der ja doch auch als Garant einer Deutschlandpolitik galt, verlor seine Funktion als Präses der evangelischen Kirche, als er aus dem Kabinett Adenauer ausschied und eine eigene politische Rolle spielte. Vielleicht könnten Sie einmal versuchen, die damalige Position der Kirchen in der DDR zu den verschiedenen deutschlandpolitischen Richtungen der fünfziger Jahre grob anzudeuten und auf die Frage, inwieweit diese verschiedenen Positionen zu Auseinandersetzungen in der DDR geführt haben, eingehen.

Eine Frage an Herrn Beintker: Sie haben in Ihrem Versuch, die verschiedenen Phasen darzustellen, notwendigerweise etwas vereinfachen müssen, denn selbstverständlich hat es in den verschiedenen Phasen auch immer verschiedene Richtungen nebeneinander gegeben. Aber auch an Sie möchte ich dann noch einmal die Frage nach der Handlungsfähigkeit der EKD in den fünfziger Jahren stellen, in denen die verschiedenen deutschlandpolitischen Positionen, die leidenschaftliche deutschlandpolitische Auseinandersetzung, in die EKD hineingetragen wurde. Inwieweit war die EKD in dieser Phase überhaupt handlungsfähig?

Zweite Frage an Sie: Sie haben auf die Schuldfrage hingewiesen, die zuerst im Stuttgarter Schuldbekennnis in sehr allgemeiner Form, vor allem auf den kirchlichen Bereich, auf den Glauben, bezogen worden ist, aber dann in dem Darmstädter Wort deutlich ausgeweitet worden ist. Die Beziehung der Schuldfrage auf die Frage der Akzeptanz deutscher Teilung ist sozusagen

wieder ein Vorgang, der später erst erfolgt ist. Können Sie den Prozeß darstellen, seit wann die deutsche Teilung als etwas akzeptiert worden ist, was man gleichsam zu akzeptieren habe, als etwas, was als Sühne, als Folge jedenfalls für schuldhaftes Versagen vorher zu begreifen sei. Ich hätte gerne die Aspekte des Prozesses, der Klimata und der Hintergründe dieser Verengung der Schulddiskussion von Ihnen näher beleuchtet.

Letzte Frage auch noch einmal an Sie: Die Frage nach der Eigenständigkeit des Beitrags der evangelischen Kirchen in den siebziger und achtziger Jahren auf der deutschlandpolitischen Ebene. Inwieweit haben die Kirchen eine eigene Rolle spielen können?

Und zuallerletzt die vorhin schon einmal aufgeworfene Frage: Inwieweit sehen Sie die Motivation primär gleichsam politisch, d. h. inwieweit sehen Sie die Motivation für die jeweiligen Handlungsweisen primär darin, bestimmte kirchenpolitische Fragen zu lösen – die übrigens ein bißchen zu kurz gekommen sind in unserer Diskussion bisher –, und inwieweit sehen Sie sie gleichsam ideologisch begründet? Herr Hamel hat da einiges im Hinblick auf die theologische Begründung angedeutet, aber vielleicht könnten Sie auch noch einmal versuchen, das in eine Beziehung zu setzen. Danke schön.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ich bitte als nächsten Prof. Fischer zu Wort.

Sv. Prof. Dr. Alexander Fischer: Ich würde gern noch einmal, Herr Kollege Beintker, auf Ihre deutschlandpolitischen Optionen zurückkommen, weniger auf die Optionen eins bis drei, die sind ja Geschichte, aber die interessante – auch wenn Sie formuliert haben, es sei die mit der geringsten Resonanz gewesen – scheint mir, auch im Blick auf mögliche Weiterwirkung, die vierte zu sein. Hier wäre ich dankbar, auch im Anschluß an die Frage von Frau Wisniewski, wenn Sie doch noch einmal ein bißchen präzisieren würden. Wo machen Sie eigentlich die Wurzeln für diese vierte Option aus? Wer sind die Repräsentanten? In diesem Zusammenhang wäre es aus meiner Sicht jedenfalls nicht ganz unwichtig festzustellen, ob diese Repräsentanten allein in den neuen oder auch in den alten Bundesländern zu finden sind. Ich will es einmal in Anklang an meine Frage von vorhin an den Kollegen Jüngel zugespitzt formulieren, ist diese vierte Option, von der Sie sprachen, sozusagen ein Ausfluß von – ich nehme jetzt die erwähnten Begriffe der Münchner Tagung auf – Sozialismusaffinität und Kapitalismuskritik im deutschen Protestantismus?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Martin Gutzeit bitte.

Sv. Martin Gutzeit: Zuerst eine Frage an Herrn Hamel: Sie haben, wie schon Herr Hilsberg sagte, sehr schön und sehr glaubwürdig dieses Problem des Versagens kirchlichen Handelns beschrieben. Meine Frage läuft darauf hinaus, noch einmal zu sehen: Worin sehen Sie die Gründe oder das Verhältnis von Gründen für das Versagen von Kirche in der Geschichte der DDR? Wie

verhält sich das mit der mangelnden Zivilcourage als einer gewissen Tradition politischer Kultur? Wie weit hängt das vielleicht auch an einem Mangel, an Fehlern in der theologischen Reflexion, sozusagen in der Theorie? Und dahingehend dann: Wie haben Sie als theologischer Lehrer versucht, den nachwachsenden Theologen Hilfestellung von der Theologie her zu geben, sich mit dieser Situation der Kirche in der DDR auseinanderzusetzen und Fehler zu vermeiden?

An Herrn Beintker zuerst die Frage: Das eine ist so ein Schuldbekenntnis wie das Stuttgarter, aber daraus ergeben sich dann auch konkrete Folgerungen. Wie sind die DDR-Kirchen mit den Pfarrern umgegangen, die eben den Nationalsozialismus nicht ablehnten, sondern ihm sehr positiv gegenüberstanden? Wie wurde hier konkrete Aufarbeitung der Schuld, vielleicht auch disziplinarrechtlich oder theologisch, geleistet? Vielleicht noch ein weiteres: Das eine ist das Bekenntnis der Schuld, das zweite ist die Frage: Wie weit folgte aus den einzelnen Etappen, aus der Schuldkenntnis, der Erkenntnis fehlenden Mutes, dann nicht nur das Bekenntnis und das Tragen der Folgen, sondern wo wurde darüber reflektiert, daß die Erkenntnis von Schuld zur Folge haben mußte, entsprechend mutig den neu entstandenen diktatorischen Verhältnissen entgegenzutreten und nicht quasi das Sichunterwerfen unter das Verhängnis als Folgerung dazu zu nehmen?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Superintendent Passauer bitte.

Sv. Superintendent Martin-Michael Passauer: Wir fragen in diesem Teil unserer Anhörung nach Leben in diktatorischen, totalitären Verhältnissen, nach christlichem Leben in totalitären Verhältnissen. Deshalb auch meine Frage an Sie, Dr. Hamel, ob Sie noch einmal etwas sagen können zu Ihrem Dissens zu Otto Dibelius, der ja aus Röm. 13 den Begriff der Obrigkeit, die von Gott ist, streichen wollte, weil er sagte: „Wenn Obrigkeit Macht ausübt und Macht ausübt zum Nachteil der Menschen, dann ist sie nicht von Gott.“ Sie haben da eine andere Position bezogen. Wenn Sie vielleicht diesen Unterschied zwischen Ihnen und Dibelius noch einmal kurz skizzieren könnten.

Die zweite Frage klang vorher schon an, ich will sie noch einmal auf den Punkt bringen. Es hat zu verschiedenen Zeiten Worte der Kirche zum Bleiben in der DDR gegeben. Viele Menschen haben sich an diese Worte gehalten und haben sich bis zum Ende der DDR auf dieses Wort verlassen, haben auch eine gewisse Hilfestellung dadurch erwartet. Andere Menschen haben sich dieser Bitte entzogen und sind ausgereist. Es gibt heute eine Initiative von Pfarrerinnen und Pfarrern, die aus der ehemaligen DDR ausgereist sind, die sagen: „Hier hat die Kirche ihre eigentliche Schuld, indem sie ja noch nachträglich Sanktionen ausgesprochen hat.“ Denn zwei Jahre durften sie dann, wenn sie in den Westen kamen, nicht Pfarrer sein. Mich interessiert bei Ihnen beiden, Herrn Hamel und Herrn Beintker, die Frage: Wie werten Sie diesen Vorgang – das ist ja, wenn Sie so wollen, auch ein gesamtdeutscher

Vorgang –, daß Menschen zum Bleiben aufgerufen werden und auch der andere deutsche Staat nicht ausdrücklich, jedenfalls nicht klar *expressis verbis*, gerufen hat: „Kommt alle her“, sondern gleichzeitig Sanktionen verhängt werden für diejenigen, die ausgereist sind? Ist das nicht so ein Teil von Schuld? Vielleicht können wir diese Frage heute abend noch einmal den emeritierten Bischöfen stellen, denn sie haben das zum Teil praktiziert.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Letzter Frager, Kollege Hansen bitte.

Abg. Hansen (F.D.P.): Vielen Dank, Herr Passauer, für die Frage, die Sie zuletzt gestellt haben, denn die wollte ich stellen. Als Schüler, im Westen lebend, habe ich erlebt, wie ein ehemaliger Pfarrer der DDR, der nach dem Westen gekommen war, nicht mehr Pfarrer sein konnte und dann als Religionslehrer an Schulen arbeitete, und der auch – diese Anstellung hat lange gedauert – darunter gelitten hat, weil die Leitung seiner Kirche so verfuhr, wie Passauer es angedeutet hat. Meine Frage ist die gleiche. Ist das nicht auch eine Frage von Schuld gegenüber dem Einzelnen oder den vielen Einzelnen natürlich, und ist es nicht auch eine Frage von Schuld oder jedenfalls von politischer Exekution am Einzelnen auf dem Hintergrund des Ost-West-Konfliktes?

Meine zweite Frage geht an Herrn Hamel, aber auch an Herrn Jüngel. Ich habe in der Wendezeit häufiger, nicht nur einmal, von damaligen oder dann ehemaligen SED-Mitgliedern gehört, die mir sagten: „Ach was, wir in der SED, wir wollten im Grunde genau das gleiche, wie die in der Kirche.“ Und wenn ich das erste Mal, als ich das hörte, entsetzt war und dann immer in Diskussionen kam, war ich bald nicht mehr überrascht, dies immer wieder zu hören, daß SED-Genossen sich so verstanden und definierten und auch gar nicht im Gespräch nachvollziehen wollten oder konnten, wo denn vielleicht doch die Unterschiede liegen. Wie erklären Sie sich, daß dieses Mißverständnis offensichtlich, wie ich fand und finde, häufig verbreitet war? Ich denke auch daran, weil Jüngel davon gesprochen hatte: Der Atheismus, so sagt Olaf Klohr, sei ja, wenn man Marx und Lenin genau lese, ein sehr nach- und untergeordneter Begriff für den Marxismus gewesen, daß der Atheismus gar nicht so die Rolle gespielt habe. Mit anderen Worten: Hat vielleicht doch das Mißverständnis auftauchen können, daß Kirche, so paradox das klingt, säkularisiert oder politisiert worden ist, jedenfalls in der Anschauung von SED-Mitgliedern, aber vielleicht nicht nur denen?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Wie ich vorhin angekündigt hatte, möchten wir jetzt den beiden letzten Referenten die Möglichkeiten geben, Ihre Fragen zu beantworten. Wenn sie das in einem vertretbaren Zeitrahmen tun, können wir auch Professor Jüngel noch einmal die Möglichkeit geben, die drei Fragen, die an ihn nachklappend gestellt worden sind, ebenfalls noch zu beantworten. Ich würde zunächst Professor Beintker bitten, zu antworten.

Prof. Dr. Michael Beintker: Ich bitte, mich vorab zu entschuldigen für alle

Verkürzungen, die mit Rücksicht auf den Zeitplan unabweislich sind. Eine Reihe Ihrer Fragen haben auch die Qualität der Benennung von Forschungsvorhaben, da kann ich nur grobe Richtungsmarkierungen geben. Eine Frage, die nicht zu dieser Kategorie gehört, Herr Meckel, ist Ihre Frage nach einem Schuldbekennnis für 40 Jahre DDR-Zeit aus der Analogie zur Situation nach 1945. Man muß sagen, daß dies ein ganz kompliziertes Problem ist, weil auch die Schuldbekennnisse nach 1945 ihren Sitz im Leben gehabt haben. Es sind in erster Linie Synoden gewesen, die rückblickend solche Erklärungen abgegeben haben. Man müßte die synodale Öffentlichkeit unserer Kirchen daraufhin befragen, ob sie diese Erwägung schon einmal angestellt hat. Ich kann das vermuten. Die Stuttgarter Schulderklärung ist eine Erklärung, die stellvertretend für das Volk vor jemandem abgegeben worden ist, an dem man schuldig geworden ist. Schulderklärungen haben Adressaten, die um Versöhnung und um einen gemeinsamen neuen Anfang ersucht werden. Es ist gerade das Problem des Darmstädter Wortes, daß es aus diesem Genre herausfällt und de facto eine Deklaration der Schuld vornimmt, und dies gleichzeitig mit ganz bestimmten, wie schon gesagt wurde: bis in die Geschichtsphilosophie hineinreichenden Optionen verbindet, jedenfalls Optionen, die geschichtsphilosophisch deutbar sind. Da müßte man sich fragen: An welchen Personen ist man schuldig geworden, und wie ist diesen Personen oder diesen Guppen, diesen Menschen gegenüber Schuld zu bekennen und namhaft zu machen? Man kommt hier jedenfalls an den schwierigen, aber, ich denke, auch an den realitätsbezogenen theologischen Grundperspektiven eines Schuldbekennnisses nicht vorbei. Nicht, weil die Öffentlichkeit Schuldbekennnisse erwünscht, müssen sie gegeben werden. Das ist ganz eindeutig so. Übrigens waren 1945 und auch 1947 Schuldbekennnisse der Deutschen gar nicht erwünscht. Die Kirche hätte die „Stuttgarter Erklärung“ am liebsten wieder beiseite geschoben, weil ein Sturm der Entrüstung gegen sie losging, daß sie überhaupt eine solche Erklärung abgegeben hat. Wären zum Beispiel, ich darf einfach einmal springen, die Pastoren, die nach einem Ausreiseantrag in die Bundesrepublik zunächst einer bestimmten Sperre unterlagen bzw. nach Einzelfallprüfung nach zwei Jahren wieder eine Dienstmöglichkeit erhalten sollten, Adressaten eines solchen Schuldbekennnisses? Eine ganz schwierige Frage, denn es ist so gewesen, daß die Kirchen sich schon in den fünfziger Jahren darauf verständigt hatten, die Frage nach dem Wechsel des Systems hinter die Verantwortung für die Gemeinde, in die man berufen war, zu stellen. Das ist ein Grundproblem, welches nicht ohne weiteres mit der Verfassungswirklichkeit auf einen Nenner zu bringen ist, daß wir alle Deutsche sind. Da gibt es Reibungen. Aber für die Kirchenleitungen, die hier zu entscheiden hatten, war immer die Frage, wann die Indikatoren so beschaffen sind, daß der Weg eines Pfarrers von seiner Gemeinde weg – denn ein solcher Antrag bedeutete auch immer: Ich verlasse die Gemeinde, an die ich gewiesen bin – zu rechtfertigen ist. Da ist natürlich nach ganz strengen Kriterien entschieden worden. Meistens

waren es Kriterien, die etwa im nachweisbar gesundheitlichen Bereich liegen. Politische Optionen – jedenfalls in dieser Hinsicht – haben in den Verfahren, die ich kenne, keine erkennbare Rolle gespielt, sondern man hat immer gesagt: Auch als Christ muß man den Mut haben, hier in dieser Gesellschaft kritisch seinen Weg zu gehen. Ich bitte, dies zur Kenntnis zu nehmen. Es ist etwa die Schwierigkeit des besonderen Kirchenrechts innerhalb des staatlichen Rechts. Das Motiv war nicht: „Wir bestrafen diejenigen, die in den Westen gehen, durch Berufsverbot“, sondern es war immer die Frage: Gibt es nicht Berufe – zu denen wurde in den Kirchen auch der Beruf des Arztes gezählt –, die einen solchen Weg ausschließen? Da wurde sehr genau geprüft, wann dieser Weg gerechtfertigt ist. Das ist eigentlich das Problem. Ich gebe zu, daß man darüber lange debattieren kann und Betroffene das zum Teil, auch lautstark heute, anders zur Geltung bringen.

Zu den Fragen von Frau Wilms möchte ich sagen, daß dieses Problem uns noch lange beschäftigen muß, daß man offenbar nicht frühzeitig genug die Demokratieunwürdigkeit des DDR-Systems durchschaut hat. Das ist übrigens ein Erbe, das mit dem paternalistischen Staatsverständnis des deutschen Protestantismus und überhaupt der deutschen Kirchen zusammenhängt. Die EKD hat bis 1985 gebraucht, um in einer Denkschrift ihr Demokratieverständnis und ihr Ja zur demokratischen Situation der Bundesrepublik zu artikulieren. Das ist ein sehr langer Lernprozeß. In den fünfziger Jahren war die Konfliktmasse primär mit dem Stichwort „Atheismus“ gegeben. Ich habe mir daraufhin sehr viele Erklärungen in Vorbereitung dieses Beitrages angeschaut, und es ist im Grunde so, daß man durchaus Äußerungen findet, wie: „Gegen die wirtschaftliche und politische Konzeption haben wir gar keine Einwände. Es ist im Grunde der Atheismus und die damit verbundene Menschenverachtung, die uns stört.“ Das zeigt sehr deutlich, daß entgegen manchen Vermutungen Demokratie ein Lernprozeß ist, aber es gibt sicher eine Reihe weiterer Aspekte, die ich hier nicht berühren kann, die aber für eine genauere Untersuchung wichtig wären. Ich habe das Stichwort „Freiheit“ bei den Überlegungen auch vermißt, die zu den Stichworten „Gerechtigkeit, Friede und Bewahrung der Schöpfung“ thematisiert worden sind. Man muß aber schlicht sagen, daß es eine gewisse Zurückhaltung gegenüber einem einseitig liberalen, mißdeutbaren Freiheitsbegriff gab. Ich möchte einfach versuchen zu verstehen, daß natürlich in den sozialen Optionen immer die Gerechtigkeit Vorfahrt bekam vor der Freiheit. Das war so etwas, was auch das Profil der Diskussionen um Sozialismus ausgemacht hat. Man kann dies zu den Faktoren der politischen Bildung rechnen, die uns, ich muß mich hier mit einschließen, so nicht zugänglich waren, etwa Müller-Armack. Wann hat eigentlich für einen durchschnittlichen DDR-Bürger, der auch kritisch nachdachte, die Möglichkeit bestanden, sich mit diesem Konzept vertraut zu machen? Tatsächlich haben wir in den Grundorientierungen mit den folienhaften Begriffen der politischen

Orientierungen des 19. Jahrhunderts hantieren müssen. Ich kann mich gut erinnern, daß noch 1989/90 eine massive Turbulenz aufkam, als man hier plötzlich die Worte „soziale Marktwirtschaft“ auch von ihren positiven Seiten her hat lernen müssen. Inzwischen bekommen wir freilich im Osten eine Art von Kapitalismus demonstriert, der im Lehrbuch steht, und ich würde mir wünschen, daß wir sehr viel Müller-Armack lesen und kritisch zur Geltung bringen würden.

Zu den Fragen von Herrn Büttner zur Gründung des Bundes: Ich habe das aus der Froschperspektive eines Theologiestudenten erlebt. Ich kann also nur ganz pragmatisch argumentieren und würde an dieser Stelle Herrn Hamel noch einmal um Auskunft bitten. Ich habe natürlich nachgelesen, wie das gelaufen ist, aber vielleicht ist das für Sie viel eindrücklicher, wenn Herr Hamel Ihnen diese Frage beantwortet. Für die jüngere Generation der DDR waren damit überhaupt keine Konflikte verbunden. Sie hatten alle ein relativ kritisches Bild vom Westen internalisiert, nicht ein positives Bild von der DDR. Unser Problem bestand darin, daß wir uns weder mit dem einen noch mit dem anderen identifizieren konnten. Das ist ein Dauerproblem gewesen, was im Grunde auch heute für unsere Orientierungsprobleme ausschlaggebend ist. Aber wir haben das pragmatisch gesehen und haben gesagt, daß natürlich der Bund der Evangelischen Kirchen in einer Situation, wo Kirchen gemeinsam nicht handlungsfähig sind und wo im Grunde auch die Rechtswirklichkeit, die sie verbindet, nur noch öffentlich demonstriert, aber nicht realisiert werden kann, pragmatisch einen solchen Weg gehen sollte.

Die Formel „Kirche im Sozialismus“ werden wir heute abend noch diskutieren. Dazu gab es auch Fragen. Man hat sie meist von ihrem Sollgehalt her interpretiert.

Austrittswelle – ich habe zu wenig Ahnung, um diese Frage beantworten zu können. Es hat im Grunde eine Art schleichende Austrittswelle gegeben, nachdem man durch die SED davon befreit wurde, vor dem Notariat seinen Austritt aus der Kirche zu erklären. Das ist meines Erachtens ein eingreifender Schnitt gewesen Mitte der fünfziger Jahre. Dann können wir eigentlich nur von einer Erosion sprechen, die nach und nach erfolgte, die eher schleichend voranging wie bei einer Schwindsucht, aber im Grunde nicht mit galoppierenden Frequenzen. Es ist nicht erkennbar, jedenfalls nicht für mich, daß auf irgendwelche besonderen Aktionen hin plötzlich eine Austrittswelle entstanden wäre. Der Hauptgrund der inneren Auszehrung, die wir hier in Ostdeutschland erleben, ist ganz schwer zu benennen: Er hat wahrscheinlich mit einem Grundzug des Protestantismus gegenüber der Modernität zu tun, der unter diktatorischen Bedingungen dieser Art oder bei einem hohen Grad von Säkularisierung besonders massiv durchschlägt. Es ist die Selbstunsicherheit durch Dauerreflexion, in die sich christliche Religiosität, auf theologischem Gebiet jedenfalls, begeben kann. Sie ist im Grunde für

mich immer beschreibbar gewesen als Selbstverunsicherungsmentalität, die an der entscheidenden theologischen Stelle sichtbar wurde. Sie ist bestimmt nicht den Leuten, die in den Kirchenleitungen oder in den theologischen Instanzen gearbeitet haben, anzulasten, aber sie bildet so ein Stückchen, wie wir es heute auch bemerken, das Grundproblem des östlichen Protestantismus. Die kritischen Phänomene sind eigentlich sehr viel deutlicher erst nach 1989 in der äußeren Öffentlichkeit in Erscheinung getreten. Ich meine auch, daß man dieses Rückprojizieren sichtbar machen kann. Da sind wir an einem sehr sensiblen Punkt, und es ist sehr schwer, die Befunde von außen sachgemäß zu beurteilen. Als Insider wünschte ich mir jedenfalls oft einfach mehr Glaubenszuversicht, Zuversicht und Glaubensgewißheit, das habe ich auch immer schon in den Jahren vor 1989 vermißt. Manchmal hatten für meine Wahrnehmung auch die sozialetischen Themen eine gewisse alternative Ersatzfunktion. Die Sozialethik trat an die Stelle des Zentrums. Aber wie gesagt: Ich lasse mir gerne Widerspruch gefallen. Es ist die ganz persönliche Perspektive, die ich hier benenne und die ich keineswegs verobjektiviert haben möchte.

Die komplizierte Frage, wie innerhalb des Friedenszeugnisses der Kirchen irgendwelche Handlangerdienste an irgendwelche Instanzen geleistet worden sind, wird man unterschiedlich beantworten müssen. Es ist jedenfalls so gewesen, daß das Friedenszeugnis der Gliedkirchen des Bundes der Evangelischen Kirchen ein eigenständiges gewesen ist, und daß es ein auch vor den biblischen Grundaussagen verantwortetes Zeugnis sein sollte. Hauptkonfliktpunkt war immer die Frage der Militarisierung des Lebens in der DDR und die Frage, wie insbesondere Wehrdienstverweigerer Rechte gewährt bekommen sollten, die ihnen ein Handeln aus Gewissensfreiheit ermöglichten. Das verschlingt sich dann mit der schwierigen Strategie der Nachrüstung. Dort kommen wir tatsächlich zu einem Befund, der etwa – ganz kurz gefaßt – so aussieht, daß es jedenfalls eine protestantische Bewegung gegen den Doppelbeschluß der Nachrüstung in Ost und West gab. Ich möchte behaupten, daß das nicht von Ost nach West getragen worden ist, sondern daß es sich in einer gegenseitigen Verstärkerfunktion aufgebaut hat – ein ganz kompliziertes Feld. Aber es ist wichtig zu wissen, daß das nicht einfach eine Gefälligkeitstrategie gegenüber der SED war, weil man sich im Grunde der SED gegenüber auch den Kopf damit eingerannt hat. Diejenigen Strategen, die sich für die SED instrumentalisieren ließen, waren eher in der alten Blockflöte und in der CFK zu suchen, das muß man auch ganz eindeutig sagen, denn dort war durch die sozialistische Strategie das „aufrichtige Friedenszeugnis“. Hiervon haben sich die Kirchen übrigens sehr konfliktreich unterschieden, das war gerade der Punkt, an dem sie die Konflikte nie gescheut haben. (Beifall)

Anders sieht es dann schon mit den Reaktionen auf den Einmarsch 1968 aus, nach dem Herr Weber und Herr Hilsberg fragten. Es gab eine Kanzelabkündi-

gung, es gab Worte, die zu dieser Situation mit einer gewissen Besonnenheit Stellung zu nehmen versuchten. Aber wenn Sie unter den heutigen Bedingungen Deutlichkeit oder öffentliche Transparenz oder schlagzeilenkräftige Durchschlagsfähigkeit erwarten, ist das natürlich nicht der Erfolg. Es herrschte eine große Betroffenheit. Es war auch ganz klar, daß die Kirchen dies nicht rechtfertigten, im Unterschied zu kleinen politischen Gruppen, die von der SED vereinnahmt wurden. Es ist im übrigen ein interessantes Forschungsthema. Es müßte genauer untersucht werden: Wie haben die Kirchen auf den 13. August 1961 reagiert, wie auf den 20. August 1968, und wie haben sie dann 1980/81 im Zusammenhang mit den Solidarnosc-Ereignissen in Polen Stellung genommen? Das sind sehr interessante Fragen, die unbedingt der Aufarbeitung bedürfen.

Die deutschlandpolitischen Konzepte, Frau Wisniewski, Option 4: Ich kann diese Option 4 durchaus verstehen, obwohl ich sie für politisch nicht realisierbar halte und ihr deshalb auch mit einer gewissen Vorsicht begegne. Sie ist keine Option der EKD gewesen, das muß man ganz eindeutig sagen, sondern ganz bestimmter Meinungsführer, wie man es auch ausdrücken kann, innerhalb des Bundes der Evangelischen Kirchen. Diejenigen, die aufrichtig gemeint haben, den Aufruf für unser Land im November 1989 unterschreiben zu müssen, haben ja nicht gemeint: „Wir wollen jetzt die Errungenschaften à la Krenz perpetuieren“, sondern im Grunde war es die Hoffnung auf eine nun wirklich realisierbare Chance des Aufbaus eines demokratischen Sozialismus. Das sollte man auch auseinanderhalten. Es ist klar, daß unter demokratischen Bedingungen diese Option nicht aufrechtzuerhalten war. Ich habe damals immer argumentiert: „Wir haben eine Freiheit erlangt, die wir gar nicht finanzieren können, also die gar nicht den wirtschaftlichen Gegebenheiten Rechnung trug.“ Richtig ist, daß der deutsche Protestantismus in einer ganz starken Weise an zwei Stellen angstbesetzt ist. Er hat eine Konservatismus- und eine Liberalismusangst. Das geht nach beiden Richtungen. Und Sie wissen auch, daß schon dieses eine sehr differenzierte, verzweigte Thematik ist. Das Darmstädter Wort ist jedenfalls Ausdruck einer Grunderfahrung, die den Zusammenbruch 1945 und die üble Geschichte davor als Gipfelpunkt einer ganz bestimmten fehlerhaften politischen Option der Kirche gedeutet hat und dann im Grunde mit Darmstadt Vergangenheitsaufarbeitung betreiben wollte. Das ist ein Wort, das eben nicht nur die Vergangenheit analysieren will, sondern auch zeigen will, wie wir aus dieser Situation heraus zu einer neuen Zukunft gelangen. Wenn man es noch globaler macht, hat man dahinter das Problem Kirche und Modernität. Wie reagiert die Kirche auf die Entwicklungen? Und Sie alle wissen, die Medien – auch heute – haben nichts Besseres zu tun, als den Kirchen immer ihre Modernitätsverzögerung vorzuwerfen. Und jetzt kommt eine solche Situation, wo man plötzlich, auch im Blick auf die sozialetischen Orientierungen, einfach bekennen wollte,

wie es weitergehen könnte und wie es nicht weitergehen sollte. Ich habe dafür sehr viel Verständnis und meine auch, daß wir nicht einfach mit den klassischen Eckwerten weiterkommen, wenn wir fragen: Wie können wir heute Verantwortung wahrnehmen? Daß dabei Fehler gemacht werden, die auch zu verhängnisvollen Wirkungsgeschichten führen können, muß ausdrücklich angemerkt und darf auch nicht gerechtfertigt werden. Man hat sich bei uns immer gegen die Parallelisierung von NS-Staat und SED-Staat gewehrt. Ich weiß dies sehr gut aus eigener Erfahrung. Ich weiß, daß es sehr schwierig ist, das Totalitarismuskonzept so zu entwickeln, daß es beiden Systemen gerecht wird. Aber es hat da so etwas wie einen Abwehrreflex gegeben. Man hat im Grunde für die geeignete Orientierung in diesem System sich an Menschen orientiert, die versucht haben, in der NS-Zeit Widerstand zu leisten. Für uns ist jedenfalls in einer ganz bestimmten Weise die Widerstandslinie des Dritten Reiches wichtig gewesen, wobei man hinzufügen muß, daß die auch mißbraucht, also wiederum auch kirchenpolitisch von einem ganz bestimmten, zahlenmäßig geringen, aber doch wirkungskräftigen Teil der Kirche in Anspruch genommen worden ist. Herr Jüngel hat gemeint, daß die Vertreter dieser Richtung eigentlich eine zu vernachlässigende Größe gewesen seien. Das waren sie sicher zahlen- und auch einflußmäßig, aber für die SED waren es die Figuren, mit denen man öffentlich demonstrierte: So sehen die Christen im Sozialismus aus, und wenn ihr eine andere Meinung habt als die, dann hat euch der Klassenfeind instruiert. Insofern waren sie doch politisch sehr ernst zu nehmen, trotz ihrer verschwindenden Einflüsse.

Herr Faulenbach, zu der Handlungsfähigkeit der EKD in den fünfziger Jahren kann man Bücher schreiben. Ich habe jüngst eine Untersuchung, die sich mit dem Thema „Kirche und Wiederbewaffnung“ beschäftigt, gelesen. Da wurde sogar vermutet, daß man, wenn die evangelische Kirche sich in den fünfziger Jahren hier einig gewesen wäre, in Sachen der Westintegration zu ganz anderen Befunden gekommen wäre, als es dann tatsächlich passiert ist. Darüber kann man streiten. Die evangelische Kirche war sich in dieser Frage jedenfalls nicht einig. Es hat sich der, wie man so sagt, realpolitisch konservative Flügel durchgesetzt, der Flügel übrigens, der immer gesagt hat: „Politik hat mit dem Evangelium nichts zu tun.“ Das hat die Sache auch so schwierig gemacht. Es hieß: Im Grunde sind das keine politischen Aussagen, die wir zu vertreten haben, sondern für uns gibt es eine andere grundsätzliche Orientierung: an Gesetz und Evangelium. Zum Akzeptanzverhalten gegenüber der deutschen Situation: Soweit ich sehe, ist die Schuldfrage von Anfang an immer sofort beschworen worden, wenn die deutschlandpolitische Situation kritisch annonciert wurde. Es gibt da nicht einfach einen Prozeß wachsender Erkenntnis. Es gibt eher einen Prozeß, in dem die Tiefendimension von Schuld so nicht mehr erkannt wird. Aber es war ganz klar immer ein Begleitthema, geradezu eine Art unterschwelliger Cantus firmus der deutschlandpolitischen

Äußerungen. Sie finden keine Äußerung, wo nicht irgendwo sofort auch die Schuldfrage kommt. In den fünfziger Jahren dominiert dabei noch die geschichtstheologische Interpretation, die dies viel stärker als Gericht Gottes, unter dem wir stehen, benennt. Das läßt dann nach. Und die Folgen des Krieges: Es wäre interessant, auch noch einmal unter diesem Gesichtspunkt die Ostdenkschrift zu untersuchen. Der Gerichtsgedanke spielte allerdings keine Rolle, aber der Schuldgedanke spielt eine Rolle. Und dann eben ganz vorbildlich, trotz der Einsicht in die Schuld, wird der Versuchung widerstanden, Unrecht zu verschweigen. Die Ostdenkschrift ist gerade dafür beispielhaft, diese schwierige Spannung durchgehalten zu haben.

Zu Ihrer Frage, ob Mut aus Schulderkenntnissen ableitbar ist, Herr Gutzeit: Schulderkenntnisse werden ja in der Regel auch als eine Selbstdemütigung erlebt. Es wäre viel plausibler, wenn man daraus tatsächlich Mut ableiten könnte. Für den, der diesen Prozeß durchleidet, ist daraus sicher Stehvermögen zu gewinnen. Aber grundsätzlich ist meine Vermutung doch die, und das erleben wir auch heute, daß man diesem Prozeß möglichst ausweicht und die Frage im Grunde dann eher stellvertretend wahrnehmen läßt, wo man selbst gefordert wäre. Zum Ausreiseproblem, Herr Passauer: Das hatte ich schon benannt, und mit dieser Frage bin ich dann auch so gut wie mit allen Fragen, die mir gestellt worden sind, durch. Vielen Dank für Ihr Verständnis. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Bruder Hamel bitte.

Pfarrer D. Johannes Hamel: Zunächst einmal die Interpretation des Wortes: „Jesus Christus ist nicht gegen Karl Marx, sondern für uns alle gestorben.“ Das bedeutet ja eine radikale Kritik an den Boten des Evangeliums. Sie sind ja Briefträger, die einen Brief innehaben, der zuerst an sie gerichtet ist, die vor Gott verloren, und zwar in concreto verloren sind. Nicht so allgemein: „Wir sind alle Sünder“, das interessiert keinen mehr, sondern: „Auf eurem Leben liegt eine Schuld, die ihr überhaupt nicht mehr wiedergutmachen könnt.“ Und sie übergeben Briefe an Leute, die nebenbei – neben der Vergebung der Sünden – auch vor ihre eigene Schuld gestellt werden. Jesus hat bekanntlich nicht gesagt: „Du armer Mensch, der vor mir steht, deine Sünden holen dich ein. Daß du nun gelähmt bist, das ist deine Schuld.“ Sondern er hat gesagt: „Dir sind deine Sünden vergeben.“ Zum Entsetzen vieler. Die Boten des Evangeliums sagten: „Der arme Kerl wird noch an seine Sünden erinnert, aber eingeschlossen in den Zuspruch der Vergebung.“ Das heißt, die Freudenboten haben den „bösen Marxisten“ nicht mitzuteilen, daß sie auf dem falschen Pferd reiten und daß sie böse Kerle sind und daß sie Schuld auf sich geladen haben, was alles richtig ist, sondern sie haben ihnen mitzuteilen, daß sie durch die Barmherzigkeit Gottes vom bösen Tun weggerufen sind. So herum liegt die Sache, so daß also dieser Satz niemals mißbraucht werden kann im Sinne von:

Die Marxisten sind sehr anständige Leute, und das sind wirklich nette Leute usw. Es ist also genau das Gegenteil richtig.

Ein Beispiel aus dem Gefängnis: Mein Vernehmer, ein in Worten brutaler Offizier, aber er hat mich nicht gefoltert, sagte einmal: „Nach Ihrer Meinung brate ich doch in der Hölle, und Sie kommen in den Himmel.“ Ich sagte: „Herr Hauptmann, wollen Sie ein ernsthaftes Gespräch haben?“ „Bitte“, sagte er. Ich sagte: „Ich habe fromme Eltern gehabt, die gelebt haben, was sie geglaubt haben. Ich habe fromme Professoren gehabt. Einige sind bei den Nazis in Gefängnissen gewesen. Die haben gelebt, was sie gelehrt haben. Das alles haben Sie nicht gehabt. Von mir wird viel verlangt, denn wem viel gegeben ist, von dem wird viel verlangt. Mich wird Gott streng richten. Und Ihnen gilt einfach der barmherzige Ruf: Kehre um und lasse ab von dem, was du tust.“ Darauf sagte er ganz erstaunt nach ein paar Sekunden: „Dann ist alles ganz anders, als ich es bisher gedacht habe.“ Ich sagte: „Jawohl, total anders.“ Darum, daß wir Boten sind, um dieses „total anders“ unter Einbeziehung unserer Existenz, geht es in dem Heinemannwort, der natürlich polemisch war. Ich denke an das Wort eines Ministers in der jetzigen Regierung, der in Polen erklärt hat: „Karl Marx ist tot, aber Jesus lebt noch.“ Das ist natürlich ein völliger Mißbrauch des Evangeliums. Das dazu.

Das zweite: Herr Meckel hat sehr direkt nach damaligen Argumenten gegen die Gründung des Bundes gefragt. Jawohl, ich bin gegen den Bund gewesen und würde heute etwas milder sagen: So schief lag ich gar nicht, obwohl der sachliche Freundeskreis sich damals geteilt hat. Bruder Krusche, Bruder Ringhandt waren für den Bund, Hildebrandt und Kreyssig waren gegen den Bund. Ich gehörte also zu dieser Dreiergruppe. Meine damaligen Gründe waren folgende:

1. Die EKD-Synode, Abteilung Ost, hat ein oder zwei Jahre vorher in Fürstentum ein flammendes Bekenntnis zur Einheit der Christenheit abgelegt. Die Propaganda war ja so: Trennt euch von der NATO-Kirche im Westen. Das ist eine NATO-Kirche. Man hat gesagt, wenn wir uns von den Brüdern trennen, würden wir uns von Christus trennen. Besonderer Wortführer war Bischof Krummacher damals. Als diese Botschaft des Ostteils nach Westberlin in den Oberkirchenrat kam, sagte ein guter Freund von mir, Oberkirchenrat Söhngen: „Das ist doch herrlich, was die Brüder da im Osten gesagt haben.“ Darauf sagte der alte Zyniker: „Das ist so wie 'und zum Abschied sag ich leise servus'.“ (Heiterkeit)

Und kurze Zeit später beginnen die Häupter der DDR-Kirchen Geheimverhandlungen über die Gründung eines Bundes. „Geheimverhandlungen“ meine ich in dem Sinne, daß sie nicht den Gemeinden von Anfang an gesagt haben: „Wir sind in einer ganz schwierigen Situation, die DDR spielt verrückt und macht Pressionen. Was sollen wir jetzt machen? Bitte, in jedem Pfarrkonvent, in jedem Gemeindegemeinderat, in jeder Gemeindeversammlung wird dieses

Thema besprochen, sollen wir oder sollen wir nicht, Argumente dafür, Argumente dagegen.“ Nein, die Potentaten haben verhandelt. Herr Seigewasser war über die Akte dieses Bundes viel besser informiert als die Kirchenleitung. Dann war ein Zustand erreicht, wo man, wenn man dagegen gewesen wäre – ich war ja bis zum Schluß dagegen –, die ganzen Häupter der evangelischen Kirche desavouiert und im Grunde nur ein furchtbares Chaos hervorgerufen hätte. Das wäre noch viel schlimmer geworden als dann der Bund. Der Bund ist übrigens gar nicht so schlimm geworden, wie wir alle befürchtet hatten. (Heiterkeit)

Ich muß sagen, was der Bund theologisch da auf die Beine gebracht hat und was er getan hat, hat die schlimmsten Befürchtungen ad absurdum geführt. Wir haben alle gedacht: Die Staatskirche ist da. Ich glaube, Bruder Besier hat das in seinem schönen Buch in irgendeinem Satz auch gesagt: „Staatskirche ist da.“ Nein, die Staatskirche war mit dem Bund nicht da. Das muß ich zu Ehren von Schönherr und Krusche sagen, obwohl ich nach wie vor der Meinung bin: Die Gründung des Bundes ist falsch angesetzt worden. Man hat dem Druck des Staates nachgegeben. Und die Gründe, warum man in Eigenverantwortung sehr viel mehr übernehmen mußte, hätten durch eine vernünftige Regionalisierung, zu der der Westteil der EKD ja bereit war und die er schon beschlossen hatte, auch beseitigt werden können. Ich möchte hier aber folgendes hinzufügen: Keine Instanz aus den Westkirchen, keine Synode, kein Konsistorium, kein Bischof hat den Brüdern im Osten gesagt: „Das dürft ihr doch nicht machen. Ihr dürft doch nicht, wo der Staat sagt, trennt euch von der NATO-Kirche, mit den besten Argumenten einen Bund gründen. Das dürft ihr doch nicht.“ Keiner hat es gesagt, sondern sie haben alle gedacht: „Die armen Schweine, sie können nicht anders.“ Und manche haben es auch offen gesagt. Das heißt, wenn mit der Gründung des Bundes eine Schuld verbunden ist, ist es eine Schuld der gesamten kirchlichen Prominenz in Ost wie West. Es wäre völlig unvernünftig, Ostbischöfe zu beschuldigen. (Beifall)

Außerdem gab es natürlich gute Gründe, die zur Gründung des Bundes beitragen. Das will ich gar nicht verkennen. Heute würde ich sagen, es wäre schön gewesen, traumhaft schön, wenn die Synoden in den Landeskirchen einmütig gesagt hätten: „Wir lassen uns doch nicht von den Brüdern, die als NATO-Kirche beschimpft werden, trennen. Wir machen eine Regionalisierung“, wie es die EKD dann zwei Jahre später gemacht hat. Es wäre traumhaft schön gewesen, aber es war nicht gedeckt, weder von unten, von den Gemeinden her, noch von den Christen in Westdeutschland, so daß ich zum Schluß sagen würde: Es war wahrscheinlich unter allen Gesichtspunkten das kleinste Übel, was die ostdeutschen Kirchen gewählt haben. Und sie haben sich gar nicht schlecht benommen dabei. Also, keine Steine auf Bruder Krusche und andere. Es gibt genug Leute, auf die wir Steine werfen können, nämlich zuerst auf uns selbst.

Ja, warum keine deutliche Kritik gegen die DDR-Diktatur wie im Nazi-Reich? Gestatten Sie einem Mann, der 1911 geboren ist, zu sagen: Wer hat denn gegen die Diktatur im NS-Reich geredet? Wo sind denn die kirchlichen Beschlüsse gegen die NS-Diktatur? (Zwischenruf Abg. Frau Dr. Wilms, CDU/CSU: Moment!) Sie können nachher gleich darauf antworten. Was ist denn aus dem Bischof geworden, der 1941 beim Überfall auf die Sowjetunion als Vorsitzender des Vertrauensgremiums der evangelischen Kirche ein flammendes Telegramm an Hitler geschickt hat, das in seinen Kirchen und den meisten anderen Kirchen von der Kanzel verlesen worden ist – ich habe es natürlich nicht verlesen –, worin steht: „Gott sendet Sie, daß die letzten Reste der Gottlosigkeit und der Unreinheit ausgetrieben werden, daß der gottlose Bolschewismus besiegt wird, der so unendliches Leid über die Menschheit gebracht hat. Gott segne die heiligen Waffen. Gott ist mit Ihnen ...“ usw.? Wissen Sie, wer das war? Das war der Bischof Marahrens, der erste Vorsitzende der vorläufigen Leitung der Bekennenden Kirche. Und nach 1945 wurde auf der Synode mal so ganz schüchtern von einem vorlauten jungen Synodalen angefragt: Wie ist das eigentlich mit diesem Telegramm von 1941? Da hat er unter Beifall der ganzen Hannoverschen Synode gesagt: „Ich habe es für meine Pfarrer getan, denn ich fürchtete Folgen für meine Pfarrer, wenn ich dieses Telegramm nicht eilfertig an den Führer schickte.“ Das war Marahrens, und der hat noch viele Jahre lang als geehrter Bischof fungiert. Und der Bischof Meiser, der nicht viel besser war – in manchen Punkten sogar noch schlechter –, hat eine Straße in München, die Hans-Meiser-Straße. Und wenn Sie in einer Bierstube etwas gegen Hans Meiser sagen, da wird es Ihnen ähnlich gehen, als ob Sie gegen Ludwig II. etwas sagen. (Heiterkeit)

(Zwischenruf Abg. Dr. Müller, CDU/CSU: Da ist ein Unterschied, Ludwig II. kennt man, Hans Meiser nicht.)

Meiser, der sich geweigert hat, für die Juden einzutreten, als Wurm in seinem Brief schreibt: „Wollen wir nicht zusammen ...?“ Genauso, wie der Marahrens gesagt hat: „Es ist nicht das Amt eines lutherischen Bischofs zu spionieren, ob irgendwelche Juden umgebracht werden.“ Im Jahre 1944 immerhin ein starker Tobak. Aber auch die Bekennende Kirche hat sich für die Juden – von Ausnahmefällen abgesehen – ja nicht eingesetzt. Das erste Synodalwort zum Mord an den Juden stammt aus dem Jahre 1943. Das war die Bekenntnissynode der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union. Sie hat eine lange, lange Auslegung der zehn Gebote gebracht – alles richtig darin –, und beim fünften Gebot steht dann der Satz: „Es ist Sünde vor Gott, Menschen umzubringen, bloß weil sie einer anderen Rasse angehören.“ Das Wort „Jude“ fehlt. Ich habe Kreyssig, den Präses der Synode gefragt: „Bruder Kreyssig, warum haben Sie statt dieser ellenlangen Auslegung der zehn Gebote nicht ein kurzes Wort gemacht: 'Der Mord an den Juden schreit gen Himmel!'“ Da sagte er: „Bruder

Hamel, das will ich Ihnen offen sagen: Wir haben alle Angst gehabt.“ Wer Steine werfen will, kann Steine werfen.

Das war also kein deutliches Wort, im Gegenteil. Aber die DDR-Synoden hatten solche Worte gegen die Grundsubstanz – eines habe ich ja verlesen, den Brief von 1967. Das hat es im Dritten Reich nie gegeben, nie, so daß man sagen kann: Gerade in diesem Punkt kann die Kirche der DDR im Sinne der organisierten Kirche mit erhobenem Haupt gehen. Und wenn ich einmal auf die westdeutschen Kirchen zu sprechen kommen kann: Warum redet eigentlich keiner von der Schuld der westdeutschen Kirchen und der westdeutschen Christen? Was haben die denn 1945 produziert? Wie haben sie sich denn benommen? Die Lutheraner hatten nur die Idee, jetzt eine große lutherische evangelische Kirche zu gründen. Das ist doch sozusagen aberwitzig, wo sie ihre geistige Kraft investiert haben.

Nun ein anderer Punkt, die Auszehrung der Kirche: Ich will mal ganz böse werden. Wenn ich nicht in der Kirche wäre, würde ich sagen: „Nun geht doch durch die Predigten und dann sagt, wenn ihr 100 Predigten gehört habt, was eigentlich belangvoll dabei ist.“ Ich bin ja nun mit 82 Jahren jeden Sonntag Predigthörer. Ich bin in der glücklichen Lage, daß ich mir die Predigten aussuchen kann. Aber im Ganzen gesehen würde ich sagen, ich höre ganz selten Predigten, wo ich sagen würde: „Schade, daß mein Enkel in Wernigerode oder mein Enkel in Amerika nicht dabei ist, schade.“ Sondern das meiste ist auch bei wohlmeinenden Predigern, auch bei Predigern, die biblisch predigen, sie meinen es wirklich gut, aber aufs Ganze gesehen – belanglos. Der Satz von Heinemann wird kaum jemals in die Praxis umgesetzt. Und das ist der Schaden der Kirche. Deswegen laufen die Leute weg, weil sie einfach sagen: „Was wir da hören, das lesen wir entweder in Zeitungen oder es ist irgendwie frommes Gefasel, oder er will uns was beibringen und beweist, daß er das Leben überhaupt nicht kennt. Das ist jedenfalls überhaupt nichts für uns.“ Und warum ist es nichts für uns? Weil uns die Tiefe des Evangeliums verborgen ist und Gott sein Wort teuer gemacht hat. Wir leben in einer Zeit, wo Amos schreibt: „Das Wort Gottes ist teuer. Sie werden laufen und laufen und gehen und gehen. Sie werden das Wort Gottes suchen und nicht finden.“ Das ist eine Kirche ohne das lebendige Wort Gottes. Wer darauf Steine werfen will, mag Steine werfen, aber es ist nicht zum Steinewerfen gesagt. Wenn man mit Gemeindegliedern spricht, merkt man, daß sie keine Erwartungen an die Prediger haben. Die vollsten Kirchen in Gräfelfing haben die Pastoren, die so predigen, daß man chemisch rein wieder herausgehen und sagen kann: Da wird nichts gefordert, weder innerlich noch äußerlich, da braucht man nicht Buße zu tun, nichts, sondern man kann bleiben, wie man ist, und man ist religiös gestärkt worden. In den schlimmsten Fällen: Wir waren immer bei der CSU und nun haben wir es wieder gehört, daß wir mit gutem Gewissen CSU wählen können. Also nichts gegen CSU! (Heiterkeit)

(Zwischenruf Abg. Dr. Müller, CDU/CSU: Ich habe den katholischen Wahlkreis.)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Bei aller Achtung, Bruder Hamel, ich bitte Sie, straffen Sie. Wir haben heute noch viel vor.

Pfarrer D. Johannes Hamel: Die beste Predigt, die ich in Gräfelfing je gehört habe, war eine phantastische Rede, eine gute politische Rede, die meinem politischen Denken völlig entsprach, aber vom Evangelium war keine Spur.

Zur Entnazifizierung der Pfarrer: Als ich 1946 aus der Gefangenschaft zurückkam, bin ich nach Dresden gereist, um für einen Pfarrer gutzusagen, der sich als radikaler Thüringer Deutscher-Christen-Häuptling seiner Deutschen Christen in Sachsen in der Kriegsgefangenschaft bekehrt und gesagt hatte: „Ich habe zum ersten Mal das Alte Testament verstanden und mich bekehrt.“ Er war nun da, verdiente sich das Brot als Geiger. Die Kirchenleitung hatte ihn also nicht mehr angestellt. Da bin ich zum Konsistorialpräsidenten gegangen und habe gesagt: „Bruder Knospe, können Sie denn den Mann nicht nehmen?“ Da sagte er: „Nein, das geht nicht, denn wenn wir den nehmen, müssen wir die 59 anderen von seiner Gruppe auch nehmen. Wir glauben ihm, daß da Gott ein Wunder getan hat. Er hat sich wirklich zum Evangelium bekehrt. Das glauben wir ihm.“ Da sagte ich ihm: „Wenn ich ihm eine Pfarrstelle in der Provinz Sachsen verschaffte?“ Darauf er: „Wir geben ihm das beste Zeugnis.“ Und dann ist er bis zu seinem Tode ein guter Pfarrer geworden. Das heißt, die Kirchenprovinz Sachsen hatte gesagt: Es dreht sich nicht darum, wie groß deine Schuld ist, was du getan hast, sondern es dreht sich darum: Bist du jetzt geeignet, hast du erkannt, was das Evangelium ist, im Unterschied zu dem, was du bisher törichterweise gedacht hast? Und so sind in der Provinz Sachsen eine ganze Reihe ehemaliger wirklich „brauner“ Pfarrer angestellt worden. Sicher ist da auch einmal ein „falscher Fuffziger“ drunter gewesen, der die Bekehrung geheuchelt hat. Das ist natürlich möglich. Aber im allgemeinen hat man keine Rache geübt. Es waren genug Leute der Bekennenden Kirche da, die sagten: „Wenn wir die anderen steinigen, dann verdienen wir die Steinigung selbst, denn von dem, was wir hätten tun können von hundert, haben wir doch bloß zehn gemacht, die anderen vielleicht bloß acht.“ Das war die beste Art. Dibelius hat es ein bißchen anders gemacht. Da ist es schärfer gemacht worden, aber nicht mit besserem Erfolg.

Nun zum Schluß: Dibelius – Ich habe ihn geliebt und verehrt. Ich habe von ihm nur Gutes empfangen und kann von ihm nur gut reden, aber (Heiterkeit) er war natürlich ein eingefleischter, alter, konservativer Liberaler, liberal theologisch, daß einem die Augen übergingen, so vom Jahre 1890. Er trat wacker für seine Kirche ein. Er hat seinen Kopf hingehalten im Dritten Reich. Er war ein hochanständiger Mann, und er war nicht nachtragend. Er hat auch mir meine Munterkeiten und Frechheiten niemals nachgetragen, ganz im Gegenteil. Aber es ging einfach über sein Vermögen, unter dem Evangelium diese Situation neu

zu erkennen. Daß Gott uns begnadet hat, nun gerade unter den Kommunisten das Evangelium neu zu predigen, war eine Sache, die ihm verborgen war. Nicht weil er bösen Willens war, sondern das waren seine Grenzen. Was er zum Schluß über die Obrigkeit sagte, zeigt ja – wer das Buch oder die Broschüre einmal gelesen hat, wird das gemerkt haben –, daß er theologisch wirklich 40 Jahre zurück war. Er hatte aber, da er ein sehr guter Prediger war, das Ohr der Massen. Und in der Zeit, als alles sagte: „Das kann ja nicht lange dauern mit den Russen, das ist ja zu schrecklich, irgendwie kommt die Wiedervereinigung sehr bald“ – so redete man ja bis in die fünfziger Jahre hinein –, hing das Volk an seinen Lippen, zumal die Folgerungen ja gar nicht da waren, denn die Leute warteten damals einfach ab und sagten: „Wir brauchen nur abzuwarten, irgendwie wird der Adenauer uns schon heimholen.“ Das war bis Anfang der fünfziger Jahre der gesamte Glaube der großen Mehrheit aller DDR-Bürger, auch der Kirche. Und erst 1953 ff. dämmerte es langsam, daß wohl noch ein langer Weg zurückzulegen wäre. Danke schön. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Es ist das Recht eines jeden hier im Raum Befindlichen, eine andere Meinung zu dem einen oder anderen hier Gesagten zu haben. Wir haben jetzt einen Referenten gehört, der sein Recht hatte, das zu sagen, was er möchte. Andere werden das Ihre sagen. Ich möchte diejenigen, die sich provoziert fühlen, bitten, das jetzt hier auszuhalten, und ihnen Mut machen, mit dem Referenten dann selbst zu reden. Ein Blick auf die Uhr sagt mir, daß ich nicht so großzügig sein kann, den Dreien, die noch eine Frage an Prof. Jüngel gestellt haben, hier im Plenum eine Antwort zukommen zu lassen. Ich hoffe aber, daß sich eine Möglichkeit am Rande finden wird, daß die drei ihre Antwort bekommen können. Ich möchte jetzt Markus Meckel die Regie übergeben für den nächsten Bereich.

Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Wir gehen jetzt zu einem speziellen Bereich kirchlicher Arbeit und kirchlicher Existenz in der DDR über, zur Ökumene. Man mag sich fragen, weshalb die Kommission sich entschieden hat, gerade diesen Themenbereich mitzuverhandeln. Es sei zur Information erwähnt, daß noch weitere Anhörungen stattfinden werden. Am 21. Januar wird es um den deutsch-deutschen Zusammenhang gehen, sofern er über die Kirche gelaufen ist. Am 8. und 9. Februar werden wir in Dresden über „Kirche vor Ort“ reden, das heißt, über die Vielfalt gemeindlichen Lebens in der DDR. Dies als Hinweis, daß dies jetzt zwar der erste, aber nicht der einzige Aspekt kirchlichen Lebens ist, den wir in der Enquete-Kommission behandeln wollen.

Die Ökumene hatte große Bedeutung für die Kirche in der DDR und war eine wesentliche Dimension ihrer selbst. Natürlich gab es auch ein großes Interesse des Staates an den ökumenischen Beziehungen. Er hatte Interesse daran, schon vor der Zeit der internationalen Anerkennung der DDR, und versuchte natürlich, daß diejenigen, die dann ökumenische Reisende waren,

möglichst in seinem Sinne Botschafter der DDR wurden. Doch gab es auch innerhalb der Kirchen Kräfte – die CFK ist angesprochen worden –, die in diesem Sinne ökumenische Arbeit machten. Durch diese Kräfte waren manche ökumenischen Kontakte durchaus ideologisch beeinflusst. In der Ökumene galten die DDR-Kirchen oft als Musterkirchen. Gleichzeitig muß man sehen, daß es für die DDR-Kirchen eine wesentliche Horizonsweiterung war, zum einen sich selbst als Teil der weltweiten Kirche zu verstehen, zum anderen aber auch an weltweiter Verantwortung teilnehmen zu können. Dies ist bei denen, die dann im ökumenischen Geschäft waren, sehr unterschiedlich gewesen. Man könnte hier Namen nennen, eben den von dem schon genannten Otto Dibelius, der einer der Präsidenten des Ökumenischen Rates war, oder aber Johannes Hempel, der das gleiche Jahrzehnte später war. Es gab vielerlei sehr unterschiedliche ökumenische Akteure. Ich möchte an dieser Stelle besonders auch einen nennen, der nicht mehr lebt, der in ähnlicher Richtung wie Heino Falcke versuchte, ökumenische Fragestellungen von Menschenrechten und weltweiter Verantwortung für die eigene Situation fruchtbar zu machen: Das war Christoph Hinz. Er hatte zwar nicht große Positionen innerhalb der Kirche, war aber für viele durch seine wegweisenden Beiträge wichtig.

Ich will jetzt aber keinen eigenen Vortrag zu dieser Frage halten, sondern zwei Rednern das Wort geben. Der erste ist Dr. Planer-Friedrich. Er war lange Zeit Leiter der Studienabteilung beim Bund der Evangelischen Kirchen in Berlin in der Auguststraße und später in Genf für die DDR-Kirchen im Genfer Stab tätig. Er ist also ein Mann, der durchaus mit sehr viel Insider-Kennntnis über diese Arbeit berichten kann und damit auch Zeitzeuge ist. Unmittelbar anschließend, und zwar entgegen dem ausgedruckten Programm, wird Heike Schmall zu uns reden. Sie ist Redakteurin der FAZ, hat sich lange mit diesen Fragen beschäftigt, auch anhand neuerer vorliegender Akten, aber auch früherer persönlicher Kontakte. Ich möchte zuerst Herrn Dr. Planer-Friedrich das Wort geben.

Dr. Götz Planer-Friedrich: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Die evangelischen Landeskirchen in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands gehörten zusammen mit ihren Schwesterkirchen in der EKD zu den Gründungsmitgliedern des Ökumenischen Rates der Kirchen 1948 in Amsterdam. Dabei ist daran zu erinnern, daß die evangelischen Kirchen mit dem Stuttgarter Schuldbekentnis sehr frühzeitig eine moralische Anwartschaft auf die Rückkehr in die ökumenische Gemeinschaft der Christen erworben hatten. Das klingt aus politischer Perspektive vielleicht etwas bigott und war selbst unter Theologen und Kirchenleitern, wie wir hörten, nie ganz unangefochten. Doch historisch hat sich bestätigt, daß dieses etwas gequälte Bekenntnis eigener Schuldanteile am Bestand des Nazi-Regimes den Einstieg und den Aufstieg der EKD-Gliedkirchen in der Ökumene ermöglicht hat.

Die sowjetische Militäradministratur, die sicher nicht vom Geist christlichen